

Zuwanderer fördern und fordern - Instrumente der Eingliederung.

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist der Grundsatz des „Förderns“ und „Forderns“ der integrationspolitisch maßgebliche. Kenntnisse der deutschen Sprache sind eine Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Integration in unsere Gesellschaft. Deshalb hat sich die SPD-Bundestagsfraktion bei den Verhandlungen über das Zuwanderungsgesetz für ein einheitliches Integrationskonzept eingesetzt, das sich insbesondere auf Integrationskurse stützt, in deren Rahmen die deutsche Sprache sowie die Grundwerte unserer Gesellschaft vermittelt werden.

Im Zuwanderungsgesetz wird die Integration von Ausländern erstmals systematisch geregelt. Alle Neuzuwanderer, Ausländer mit dauerhaftem Aufenthalt in Deutschland, Spätaussiedler sowie Unionsbürger, erhalten ein staatliches Grundangebot zur Integration, das ihre eigenen Eingliederungsbemühungen in unsere Gesellschaft unterstützt. Kernstück der Bundesmaßnahmen ist der Integrationskurs, bestehend aus einem Sprachkurs zur Vermittlung ausreichender Deutschkenntnisse sowie einem Orientierungskurs. Die damit einhergehende Neuordnung ist ein entscheidender Fortschritt gegenüber der bisherigen Sprachförderung des Bundes. Für die SPD-Bundestagsfraktion war dabei insbesondere wichtig, dass im Wege der nachholenden Integration die Kurse auch Ausländern geöffnet wurden, die bereits vor Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes in Deutschland gelebt haben. Jahrzehntelange Versäumnisse können durch diese Initiative im Zuwanderungsgesetz Schritt für Schritt aufgeholt werden. Die 208 Mio. Euro, die im Jahr 2005 im Bundeshaushalt zur Durchführung der Integrationskurse zur Verfügung stehen, sind eine wichtige Investition in die Zukunft unseres Landes.

Erste messbare Wirkungen sind bereits jetzt zu verzeichnen. Ein halbes Jahr nach Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes haben bereits rd. 4000 Integrationskurse (mit rd. 43.000 Teilnehmern) begonnen.

Insgesamt sind rd. 115.000 Teilnahmeberechtigungen ausgegeben worden, darunter 62.000 für bereits länger in Deutschland lebende Ausländer. Das erfreulich große Interesse belegt, dass der richtige Weg eingeschlagen worden ist.



Die wichtigsten Rahmenbedingungen für die Integrationskurse sind:

- Für Ausländer, Spätaussiedler und Unionsbürger werden gleiche Kurse angeboten.
- Der Integrationskurs umfasst einen Basis- und einen Aufbausprachkurs von jeweils 300 Unterrichtsstunden sowie einem Orientierungskurs zur Vermittlung von Wissen über die Rechtsordnung, Geschichte und Kultur in Deutschland von 30 Unterrichtsstunden.
- Um im Sprachkurs eine individuelle Sprachförderung der Teilnehmer zu ermöglichen, ist ein nach dem jeweiligen Lerntempo gestaffelter Aufbau in sechs Kursabschnitte vorgesehen.
- Ziel des Sprachkurses ist der Erwerb „ausreichender Sprachkenntnisse“, wie sie mit B 1 der ersten Stufe der selbstständigen Sprachverwendung auf der Skala des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen (GER) beschrieben sind.

Danach werden Zuwanderer in die Lage versetzt, sich im täglichen Leben in ihrer Umgebung selbstständig zurechtzufinden und entsprechend ihrem Alter und Bildungsstand ein Gespräch zu führen und sich schriftlich auszudrücken.

- Der Orientierungskurs soll insbesondere die Bedeutung der freiheitlich demokratischen Grundordnung, des Parteiensystems, des föderalen Aufbaus Deutschlands, der Sozialstaatlichkeit, der Gleichberechtigung, der Toleranz und der Religionsfreiheit vermitteln. Ziel ist, den Zuwanderern das Zurechtfinden in der neuen Gesellschaft zu erleichtern und Identifikationsmöglichkeiten zu schaffen.
- Die erfolgreiche Teilnahme am Integrationskurs wird mit einer Prüfung zum Zertifikat Deutsch nachgewiesen.

Für den Lernerfolg kann bei Bedarf der Integrationskurs durch ein begleitendes migrationsspezifisches Beratungsangebot ergänzt werden. Dadurch wird die Förderung fortgesetzt, indem die bisher getrennten Beratungssysteme für erwachsene Spätaussiedler und die Ausländersozialberatung zu einer einheitlichen Migrationserstberatung zusammengelegt werden.

Eine ebenso große Herausforderung wie die Integration von Neuzuwanderern bleibt die Integration der bereits hier lebenden Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich für zahlreiche weitere Maßnahmen zur Integration von Zugewanderten ein, wie z. B.:

Integration ausländischer Frauen

Häufig ist es ausländischen Frauen aufgrund ihrer Herkunft, ihrer gesellschaftlichen Stellung im Herkunftsland oder ihrer Religionszugehörigkeit nicht möglich, an den allgemein angebotenen Integrationsmaßnahmen teilzunehmen.



Daher ist ein spezielles Angebot von Integrationskursen für Frauen wichtig, in denen sie an die Deutschsprachkurse herangeführt und zu beruflicher Bildung motiviert werden.

Projekte zur Förderung der Integration von Spätaussiedlern und Ausländern

Durch gezielte Förderung von Modellprojekten und durch die Einbeziehung lokaler Netzwerke, sollen die Integrationsbemühungen der Migrantinnen und Migranten unterstützt und gefördert werden, insbesondere die Eingliederung in das örtliche Wohnumfeld. Da die Bundesregierung mit solchen Programmen bei der Integration der Spätaussiedler gute Erfahrungen gemacht hat, werden seit 2003 nun auch die Ausländer in ein gemeinsames Integrationsprogramm einbezogen.

Migrationserstberatung

Ab dem Jahr 2005 ist die Beratung für erwachsene Spätaussiedler aus der bisherigen Zuständigkeit des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in die Zuständigkeit des Bundesministeriums des Innern übergegangen und mit der Ausländersozialberatung zu einer einheitlichen Migrationserstberatung zusammengelegt worden. Der Schwerpunkt der Migrationserstberatung liegt auf der Initiierung und Begleitung des Integrationsprozesses. Hierfür stehen im Haushalt 2005 Mittel in Höhe von 30 Mio. Euro zur Verfügung.

Impressum

Herausgeberin:
SPD-Bundestagsfraktion
Petra Ernstberger MdB,
Parlamentarische Geschäftsführerin

Bezugsadresse:
SPD-Bundestagsfraktion
Öffentlichkeitsarbeit
Platz der Republik 1
10557 Berlin
oder unter:
www.spdfraktion.de

Gesamtherstellung:
SPD-Bundestagsfraktion
Öffentlichkeitsarbeit

Fotos: bilderbox.com

Juli 2005

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Zuwanderer fördern und fordern -

Instrumente der Eingliederung.

www.spdfraktion.de

www.spdfraktion.de

